

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Band: 66 (1986)
Heft: 12

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 24.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein Staatsmann

Wäre Bundesrat Furgler auch dann auf Ende dieses Jahres zurückgetreten, wenn er im voraus gewusst hätte, wie gross das ehrliche Bedauern landauf landab sein werde, als sein überraschender Rücktritt bekannt wurde? Die Antwort auf diese Frage weiss er wohl selber nicht. Sie rührt aber doch an etwas im Menschen Kurt Furgler, das zumindest all jene immer wieder beschäftigt hat, die regelmässig näher mit ihm zu tun hatten: Das wohl unbewusste Bemühen dieses in jeder Beziehung ausserordentlichen Politikers, den Panzer der Einsamkeit zu durchbrechen und Zugang zu den Herzen zu finden.

Sein durchdringender, zugriffiger Intellekt, der bei genauerem Zusehen bei aller Forscheit des Auftretens nie angestrengt wirkte, sein überlegen vorausschauender Blick für das Wesentliche, gepaart mit einer akribischen Pflege des Details, sein jederzeit wacher Instinkt für Konstellationen der Macht und des Einflusses, seine unerschöpflich scheinende Schaffenskraft und geistige Präsenz — all dies hat ihn während seiner ganzen, langen Karriere stets entschieden aus seiner Umgebung herausgehoben. Allüberall erwarb er sich damit auf Anhieb grossen Respekt.

Aber fast stets war er gleichzeitig für viele von einer Aura des schwer Verständlichen, schwer Zugänglichen umgeben, die leicht in jenes latente Unbehagen umschlagen konnte, das hierzu-

lande das Ausserordentliche gerade im politischen Bereich mit besonderer Regelmässigkeit auszulösen pflegt. Ob solch eindringlicher Perfektion im Rationalen konnte die Globalvermutung emotionaler Defizite nicht ausbleiben. Wo so viel Verstand und politische Geschicklichkeit vereinigt waren, da musste es ganz einfach an echter Spontaneität gebrechen.

Das waren normalerweise keine böswillig-vorsätzlichen Verzeichnungen. Das war die einseitig reduzierende Fixierung eines brillanten Politikers auf seine äusserlich hervorstechendsten Merkmale, um ihn aus einem gewissen Abwehrreflex heraus sozusagen erträglicher zu machen. Dabei gab es durch all die Jahre hindurch genügend Zeugnisse für den «anderen» Kurt Furgler — jenen, der etwa durch ein beiläufiges Wort vom gesundheitlichen Zerfall eines ehemaligen kleinbäuerlichen Grossrates anderer Parteifarbe erfuhr, mit dem er in seinem Heimatkanton lange Jahre zuvor zusammengearbeitet hatte und dem er nun auf persönlichste Art spontan sein Mitgefühl zum Ausdruck brachte. So publizitätsbewusst Kurt Furgler in seinem Amt sonst war — von dieser sehr menschlichen, schlichten Seite seiner Art machte er nie ein Wesen. Sie gehörte in seinem Selbstverständnis wohl mit zur Privatsphäre, die er stets so sorgsam zu hüten wusste.

Eine marginale Nebensächlichkeit? Ich empfinde es anders. Kurt Furgler

wollte zeit seines Lebens nichts geschenkt haben. Er setzte sich selbst unter permanenten Leistungsdruck. Doch im zwischenmenschlichen Bereich gelten andere Gesetze. In seiner im Grunde höchst sensiblen Art akzeptierte er dies auch stillschweigend und liess es gar nicht erst dazu kommen, dass seine differenzierte Menschlichkeit entsprechend dem Trend der Zeit je zum Spielball öffentlicher «Vermarktung» wurde. Und dies sicherlich im vollen Bewusstsein, dass er dadurch noch etwas einsamer wurde, als es Spitzenleute des politischen und wirtschaftlichen Lebens heutzutage ohnehin schon sind.

Vielleicht trug diese besondere Art der Einsamkeit mit zum Ruf Furglers bei, dass er zwar die intellektuell und auch politisch dominierende Potenz im Bundesrat gewesen sei, ohne aber je ganz und unbestritten auch zu einer integrierenden Vaterfigur zu werden, deren unser nicht mehr so ganz hundertprozentig funktionstüchtiges Kollegialsystem offenbar mehr denn je bedürfte. Doch damit öffnet sich mit und ohne Kurt Furgler das weite Feld der «Anforderungsprofile» für unsere Regierungsmitglieder, auf dem sich immer mehr Fragen, aber nach wie vor sehr wenig wirklich konkrete Antworten anbieten.

Für Kurt Furgler jedenfalls war das Kollegialsystem unserer Tage sicherlich nicht das denkbar günstigste Umfeld für die volle Entfaltung seiner vielfältigen Talente. Er, der von seinem Temperament her unerbittlicher Vordenker und energiegeladenes Zugross zugleich war, musste sich zweifellos immer wieder in besonderem Masse beengt und gebremst fühlen. Dass er sich trotzdem jederzeit völlig selbstverständlich einzuordnen suchte, dass er sich auch in

dunklen Tagen des Misserfolges und der Enttäuschung nie dazu hinreissen liess, sich verbal am System zu reiben, dass er es im Gegenteil jederzeit und überall als das unserem Land und unserem Volk nach wie vor am ehesten gemässe verteidigte und im tieferen Sinn feierte — dies ist seine vielleicht wichtigste staatsmännische Leistung.

Nach einem Wort des grossen Edmund Burke zur Zeit der Französischen Revolution machen Neigung zum Erhalten und Geschicklichkeit zum Verbessern zusammen den grossen Staatsmann aus. Kurt Furgler hatte, alles in allem genommen, diese Grösse. Er war weder Konservativer noch erneuerungswütiger Progressiver. Seine im menschlichen Sinne eher konservative Grundhaltung fand jederzeit ihre Ergänzung durch eine ausserordentliche Offenheit allen neuen Problemen und ihren Lösungsmöglichkeiten gegenüber. Diese besondere Mischung liess ihn immer wieder auf Unverständnis oder zumindest Verwunderung stossen. Sie machte ihn aber auch in ganz besonderem Masse zu dem, was kluge Köpfe in der Politik eigentlich sein sollten: zum Salz des öffentlichen Erdreichs. Das war es wohl vor allem, was der Öffentlichkeit bei seinem Rücktritt offensichtlich stärker ins Bewusstsein trat als in all den Jahren zuvor. Dafür weiss sie ihm auch besonderen Dank.

Der Staatsmann Kurt Furgler ist aber auch der eindruckliche Beweis dafür, dass unser politisches System durchaus nicht nur Mittelmässigkeit verträgt, wie dies gerade in letzter Zeit immer wieder behauptet worden ist. Es verträgt im Gegenteil auch ausserordentliche Köpfe, wenn sie wirklich politisches Format haben — was in unserer Demokratie zuallererst Anerken-

nung der Spielregeln, sodann Fleiss und Schweiss und moralische Stärke und Disziplin und Geduld und Akzeptanz auch des Gegners als Dialog-

partner bedeutet. Kurt Furgler hatte die Kraft dazu, dies beispielhaft vorzuleben.

Richard Reich

Der Schock von Basel

Der Schock von Basel hat sich vom lokalen Grossbrand zur internationalen Affäre mit vorläufig kaum abschätzbaren, schwerwiegenden Langzeitwirkungen ausgedehnt. Noch ist die Brandkatastrophe bei weitem nicht genügend geklärt, um die schwerwiegenden Fragen der Verantwortung, der Haftung und der praktischen Konsequenzen auch nur einigermaßen schlüssig beantworten zu können. Doch eines ist sicher: Das Unglück von Basel hat — in gewissem Sinne mehr noch als Tschernobyl — das öffentliche Bewusstsein in ausserordentlichem Masse verunsichert. Denn während die Kernenergie eine moderne Technologie verkörpert, die für den Durchschnittsmenschen noch immer schwer verständlich und entsprechend fremdartig erscheint, ist mit dem Basler Brand auf einen Schlag gewissermaßen der industrielle Alltag zum scheinbar allgegenwärtigen Gefahrenherd geworden.

Das potentielle Umweltunglück wohnt nun sozusagen um die Ecke. Denn Lager mit hochdifferenzierten Stoffen gibt es wohl an unzähligen Orten in der Schweiz. Und die ganze Problematik der Lagerhaltung ist bisher — so empfindet es jedenfalls die breite Öffentlichkeit unter dem unmittelbaren Eindruck der Ereignisse in einer ohnehin schon hochsensibilisierten Region

— angesichts der Verletzlichkeit unserer Gesellschaft im Zeitalter des Terrorismus und anderer Unwägbarkeiten nicht in ihrer vollen Tragweite erkannt und entsprechend perfekt bewältigt worden.

Das Umdenken muss offensichtlich schon beim Gesetzgeber beginnen. Zwar enthält Artikel 10 des Umweltschutzgesetzes klare Richtlinien für den Katastrophenschutz, und auch im Gewässerschutzrecht gibt es wichtige Hinweise. Doch scheint die bisherige Annahme der Behörden, es bedürfe in diesem Bereich, im Gegensatz zu andern Sektoren des Umweltschutzes, nicht noch besonderer Vollzugsverordnungen, revisionsbedürftig zu sein. Dazu gehört offensichtlich auch eine klarere Abgrenzung der Verantwortlichkeiten zwischen Behörden und Betrieben.

Als vor sieben Jahren beim deutschen Chemiekonzern BASF ein Lager mit der zehnfachen Basler Menge in Feuer aufging, waren die Immissionen auch entsprechend grösser. Weil aber keine vergleichbare Löschwassermenge in den Rhein floss, kam es trotzdem nicht zu einem internationalen Schock wie jetzt im Fall Sandoz. Wenn in der Bundesrepublik und in andern Anstösserstaaten des Rheins nun uns Schweizern von der hohen Kanzel der Selbstgerechtigkeit herab nach allen

Noten politischer Rhetorik die Leviten gelesen werden, so wird auf längere Zeit hinaus einiges an uns «hängen» bleiben. Das ändert aber nichts daran, dass es sich nicht einfach um ein «Schweizer Problem» handelt. Inzwischen ist nämlich bereits sichtbar geworden, dass zum Beispiel auch die Richtlinien der EG neu überprüft werden müssen, dass es sich also um eine Problematik handelt, die in allen Industriestaaten erneut auf breiter Basis angegangen werden muss.

Es bleibt zu hoffen, dass die unausweichlich auf uns zukommenden Diskussionen sich möglichst rasch auf den sachlichen Kern der Dinge konzentrieren lassen. Für viele Medien und Politiker ist die Versuchung, das Geschäft mit der Angst unvermindert extensiv weiterzubetreiben, naturgemäss fast übermächtig. Diese Probleme sind aber in jeder Beziehung zu ernst und zu weittragend, als dass sie noch zusätzlich emotionalisiert werden dürften.

Richard Reich

Wer bezahlt die Zeche?

Die Hiobsbotschaft kam aus dem Hause BBC: 1500 Arbeitsplätze sollen abgebaut werden. Das ist für helvetische Verhältnisse kein Pappentier. Was ist passiert? Darüber soll nicht philosophiert werden. Es ist vielmehr vom schlichten Faktum auszugehen, dass es offenbar Managementfehler gibt — nicht nur bei der BBC —, dass jenes Organ, nämlich die Geschäftsleitung, das im marktwirtschaftlichen Leitbild weitgehend unabhängige Entscheidungsfindung für sich beansprucht, versagt hat. Was sich bei BBC auf der Geschäftsleitungsebene auch immer zugetragen haben mag, ist, wenn einmal von den Dimensionen abgesehen wird, kein Einzelfall. Es handelt sich auch nicht um ein Vorkommnis, das in dem Sinne unternehmensspezifisch wäre, als bestimmte Unternehmensformen oder Wirtschaftssektoren für Fehlentscheidungen besonders anfällig wären. Dagegen spricht schon die reine Beobachtung. Staatsbetriebe sind

vor solchem Missgeschick, wie ein Blick nach Österreich oder Frankreich lehrt, ebensowenig gefeit wie gewerkschaftseigene Unternehmen. Sie haben jedenfalls keine «Neue Heimat» gefunden. Weder Staats- noch Gewerkschaftsbetriebe haben eine höhere Moral oder eine grössere Entscheidungssicherheit.

Fehlleistungen auf Managementebene sind vielmehr dem Wesen wirtschaftlicher Entscheide *inhärent*, und zwar unabhängig von der Unternehmensform oder den Wirtschaftsordnungen. Sie müssen überall unter Bedingungen der Unsicherheit gefällt werden. Absolute Sicherheit gibt es in der Wirtschaft *nicht*. Dies ist allerdings ein schwacher Trost für all jene, die im Falle des Eintretens von Entscheidungsrisiken die Zeche zu bezahlen haben. Es sind dies einmal die *Kapitalgeber*, die eventuell zur Kasse gebeten werden. Es sind dies aber vor allem jene *Arbeitnehmer*, die mit dem Verlust

ihres Arbeitsplatzes konfrontiert werden. Bei ihnen vor allem greifen die Konsequenzen mitten ins persönliche Schicksal. Natürlich wird versucht, diese wenn immer möglich in soziale Wolle einzupacken. Ein bitterer Nachgeschmack bleibt jedoch stets zurück. Und man wird einiges Verständnis dafür aufbringen müssen, dass die von solchen Schocks geschüttelten Arbeitnehmer und ihre Familien das Gefühl bewegt, *sie* vor allem seien die Opfer unternehmerischen Fehlverhaltens. Solche Emotionen sind mit ordnungspolitischen Pillen kaum zu beruhigen.

Was bleibt zu tun? In einer Gesellschaft freier Menschen, in einer offenen Gesellschaft also, bleibt nur ein Weg, um das Risiko von unternehmerischen Fehlentscheidungen wenn nicht völlig auszuschliessen, so doch zu minimieren. Und dieser Weg heisst: vermehrte *Transparenz* im Unternehmensverhalten. Nur unter dieser Voraussetzung lassen sich Schwachstellen frühzeitig erkennen und die vorhandenen Korrekturmechanismen in Bewegung setzen. Transparenz aktiviert Gegenkräfte, die auf *Schadensbegrenzung* gerichtet sind. Drei Ansatzpunkte fallen bei diesem Problem ins Auge: Einmal der *Verwaltungsrat* als Überwachungsorgan der Exekutive. Es ist kühlen Herzens festzustellen, dass sich in den Verwaltungsräten im Laufe der Zeit eine Praxis eingenistet hat, die dazu führte, dass sie diese Aufgabe, wenn überhaupt, nur noch bedingt erfüllen. Das hat einmal mit der Zusammensetzung der Verwaltungsräte, dann aber auch damit zu tun, dass sie von der Exekutive nicht selten nur mangelhaft informiert werden; und dies eben vorzüglich dann, wenn etwas schief gelaufen ist, wenn Schwierigkeiten aufgetreten sind. Erstaunlich ist bei diesem Phänomen

weniger die von der Exekutive praktizierte Vernebelungstaktik, sondern vielmehr die Bereitschaft mancher Verwaltungsräte, sich eine solche Behandlung gefallen zu lassen. Jedenfalls sind nicht wenige Fälle bekannt, die zeigen, mit welcher rudimentären Grundlagen Verwaltungsräte bisweilen zugemutet wird, Entscheide zu fällen. In noch gravierenderem Masse gilt dies — und das wäre die zweite Ebene — für die *Generalversammlungen*, dem «obersten» Organ einer Aktiengesellschaft. Es gibt zahlreiche Gründe, die sich ins Feld führen lassen, weshalb Generalversammlungen zu eigentlichen «Happenings» degeneriert sind und ihre vom Gesetzgeber beabsichtigten Funktionen kaum noch wahrnehmen (können).

Aus diesem Grunde kommt der dritten Ebene, nämlich jener einer möglichst umfassenden *Orientierung der Öffentlichkeit*, eine grosse Bedeutung zu. Privatwirtschaft heisst eben nicht, dass jedes private Wirtschaften auch eine ausschliesslich private Angelegenheit ist. Und dies vor allem deshalb, weil die Konsequenzen von unternehmerischen Fehlentscheidungen nicht nur jene treffen, die sie gefällt und zu verantworten haben. «Gute» Entscheide sind in einer Marktwirtschaft, so behauptet ihre «Philosophie» nicht zu Unrecht, nur dann zu erwarten, wenn die Folgen einer Handlung dem Entscheidungsträger *direkt* zugerechnet werden können. An der Richtigkeit dieser These ist nicht zu zweifeln; sie wird durch eine erdrückende empirische Evidenz bestätigt. Aber sie greift in gewissen Situationen zu kurz, weil es eben Fälle gibt, bei denen die Konsequenzen nicht nur die Entscheidungsträger am Wickel packen, sondern eben auch auf unbeteiligte Dritte übergreifen.

Die Transparenz ist in diesem Spiel jedenfalls ein Zuchtmeister mit unbestechlichen Fähigkeiten. Sie ist als Instrument dafür zu betrachten, über eine Sensibilisierung des Klimas Korrekturmechanismen möglichst *frühzeitig* in Gang zu setzen. Diese Einsicht ist offenbar noch nicht überall durchge-

drungen, sonst wäre es kaum erklärlich, dass im Rahmen der Aktienrechtsreform der Nationalrat die Frage der Transparenz mit eher fadenscheinigen Argumenten herunterspielte. Auf diese Weise wird der Glaubwürdigkeit des marktwirtschaftlichen Systems nicht unbedingt geholfen.

Willy Linder

Nach Reagan

Ronald Reagan ist nicht wiederwählbar. Seine letzten zwei Jahre im Weissen Haus stehen unvermeidlich im Zeichen der Frage: Wer und was kommt danach? Der Verlust der republikanischen Mehrheit im Senat, die Einbusen im Repräsentantenhaus — nicht ganz durch einige gewonnene Gouverneurswahlen kompensiert — sind für die Präsidentenwahl 1988 noch kein Indiz. Die jungen Wähler haben sich diesmal kaum zur Urne bemüht, und eben sie hatten auch beim zweiten Mal Reagan begünstigt.

Der Präsident ist 22 000 Kilometer geflogen, um den Kandidaten seiner Partei zu helfen, doch mit bemerkenswert geringem Erfolg. Zwar hatte er diese Wahlen dramatisiert, doch er kann ihren Ausgang mit der Gleichmut aufnehmen, die ihn ohnehin auszeichnet und von seinem oft verkrampft wirkenden Vorgänger Carter unterscheidet.

Unter den neugewählten demokratischen Senatoren sind jene der Südstaaten erzkonservativ, manchmal mehr als die geschlagenen Republikaner, die vor sechs Jahren mehr durch den damali-

gen «Reagan-Effekt» als wegen eigener Verdienste gewählt worden waren. Alle amerikanischen Präsidenten sind darauf gefasst, mit einer gegnerischen Mehrheit der Repräsentanten zu leben. Reagan versteht es, Kompromisse zu schliessen und die jeweiligen Sonderinteressen der Gewählten zu berücksichtigen. Die Berufung auf Patriotismus und auf die Notwendigkeit militärischer Stärke wurde von den demokratischen Kandidaten nicht angefochten. Insofern ist der «Reaganismus» überparteilich.

Ist aber Reagans «persönlicher Faktor» auf einen Nachfolger übertragbar? So grob diese Unterscheidung auch ist: die Republikaner werden sich zwischen Mitte und Rechter, zwischen Fundamentalisten und Pragmatikern oder, um es zu personifizieren, zwischen Laxalt und Bush entscheiden müssen. Reagan selber gehört keiner dieser beiden Parteien an. Man hat ihn einen Doktrinär genannt, doch opfert er Grundsätze, wenn es darum geht, den Farmern den Weizenmarkt der Sowjetunion zu sichern, und wenn es darum geht, amerikanische Geiseln zu

befreien. «Geisel Chirac» war die Überschrift eines Leitartikels des «Wallstreet Journal» wegen Frankreichs Umgang mit Syrien. «Geisel Reagan» wäre im Blick auf Iran ein ebenso vertretbarer Titel.

Mit der «moral majority» und den andern Vertretern einer Abkehr von der «Sittenrevolution» der siebziger Jahre, kann Reagan nicht ganz identifiziert werden. Dazu passt weder seine Familie noch sein Stil des «easygoing». Seine Aussenpolitik ist den Neokonservativen längst nicht mehr geheuer. Sie fragen, wieso der konservative Präsident zur Entstabilisierung der Diktatoren auf den Philippinen und in Haiti entscheidend beitragen konnte, aber gegen eine linke Diktatur, wie jene der Sandinisten Nicaraguas, nichts erreicht. Die einstige UN-Botschafterin, jetzt Professorin Jeane Kirkpatrick, hatte erklärt, die rechten Diktaturen seien den linken vorzuziehen, weil sie ein Ende nehmen können. Eben deshalb ist es sinnwidrig, sich darüber zu beklagen, wenn sie tatsächlich stürzen.

Dass mit Geld allein und ohne eigenen Einsatz, für den allerdings die geschulten Einheiten fehlen, mit einem recht disparaten Haufen von Contras die Sandinisten nicht gestürzt oder, was aufs selbe herauskäme, zu einer Koalition mit ihren Gegnern gezwungen werden können, ist mindestens wahrscheinlich. Wieweit aber sollen und können die USA gehen, um ein Regime, das über die Grenzen hinaus ein Störfaktor ist, zu beseitigen? Auch Reagans Kritiker scheinen die Alternative nicht ganz erwogen zu haben.

Was für ein Amerika hinterlässt Reagan? Der Staat — und dazu in beängstigendem Mass die Landwirtschaft — sind hochverschuldet. Die Verlagerung der Industrieproduktion ins Aus-

land und das Aufnehmen fremder Milliardenkredite weisen auf eine Struktur hin, die — so bemerkt der Soziologe Daniel Bell — derjenigen Grossbritanniens zu gleichen beginnt. Bell unterscheidet zwischen einer florierenden «nominellen» und einer rückläufigen «reellen» Volkswirtschaft. Reagan hatte nicht nur ein Budget im Gleichgewicht verheissen, sondern verkündet, ein starker Dollar sei das Symbol eines starken Amerikas. Heute wird mit einer weiteren Schwächung des Dollars gedroht, wie es einst der demokratische Finanzminister Blumenthal tat. Doch gibt es Produkte, bei denen die Qualität mehr zählt als der niedrige Preis, und es kann nicht geleugnet werden, dass hierin Westeuropa und Japan besser sind. In den USA wurde das «videotape» entwickelt und Japan hat darin faktisch ein Monopol. Man werde die japanischen Autos übers Meer zurückwerfen, sagten Industriemanager, aber Chrysler vermarktet auch japanische Wagen.

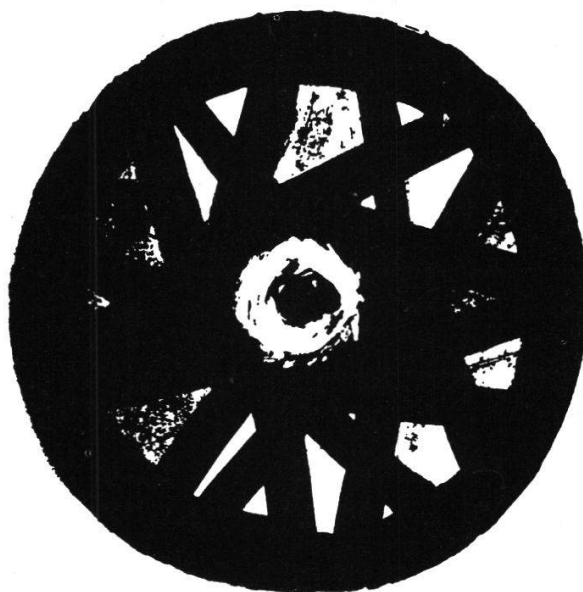
Deutsche und Japaner benützen den niedrigen Dollar, um amerikanische Unternehmen aufzukaufen. Dadurch wurden Bertelsmann wie Hoechst in ihrem Bereich zur Nummer eins. Diese Umkehr des Nachkriegstrends muss für die amerikanische Wirtschaft kein Schaden sein, aber es ändert die Vorstellung vom wirtschaftlichen Machtgefälle.

Reagan hat das amerikanische Selbstvertrauen gestärkt; er bleibt populärer und handlungsfähiger, als es sonst Präsidenten nach sechs Jahren sind. Die Sowjetführung respektiert ihn. Was ein wirklicher «Rechtsrutsch» der Vereinigten Staaten sein könnte, würde Europäern, die diesen Präsidenten verabscheuen, vielleicht erst nachträglich bewusst. Ein demokratischer

Präsident könnte ungehemmter protektionistisch sein, ein republikanischer weit weniger an der NATO interessiert. Reagan ist noch ein Teil jenes

Amerikas, mit dem die Europäer seit vierzig Jahren rechnen können. Ist gewiss, dass ein gleiches für seinen Nachfolger gelten wird?

François Bondy



Cars, Taxi + Privatwagen mit Chauffeur, Transport-Taxi, Autoleasing, Umzüge + Mobilienlagerung, Kunsttransporte, Transport-Verpackungen, Camionnage, Stückgutverkehr, Verzollungen, Lagerhäuser + Verteilzentren, Computer- + Spezialtransporte, Schwertransporte/Maschinen-Verschiebungen

A. Welti-Furrer AG Pfingstweidstrasse 31 8037 Zürich Telefon 01-44 12 11

unterwegs mit welti-furrer